

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Freitag, 30.11.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU

Mitglieder

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Peter Edelmann - CDU

Vertretung für: Frau Anke Kapham-mel

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Frau Annegret Ihbe - SPD

Vertretung für: Frau Simone Wilim-zig-Wilke

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Annette Schütze - SPD

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

weitere Mitglieder

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel -

Herr Dr. Volker Eckhardt -

Frau Edith Grumbach-Raasch - B90/GRÜNE

Herr Mirco Hanker -

Frau Sigrid Herrmann - SPD

Frau Antje Maul -

Herr Björn Walter - Stadtheimatpfleger

Verwaltung

Frau Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV

Herr Dr. Malorny - FBL 41

Herr Keding - AbtL 41.2

Protokollführung

Herr Daniel Kösters - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Frau Anke Kaphammel - CDU	entschuldigt
Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD	entschuldigt

Verwaltung

Frau Dr. Anette Haucap-Naß -	entschuldigt
Herr Dr. Peter Joch -	entschuldigt
Herr Dr. Henning Steinführer -	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.10.2018
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Vorstellung der HBK:
Vortrag der HBK-Präsidentin, Frau Vanessa Ohlraun
 - 3.2 Überblick über die Freien Theater in der Region: Vortrag von Frau Ulrike Seybold, Landesverband Freier Theater in Niedersachsen e. V.
 - 3.3 Mündliche Mitteilung: Diskussion zum Konzeptpapier „Die Städtische Musikschule Braunschweig“ auf dem Weg zum ‘Zentrum für Musik’
 - 3.4 Mündliche Mitteilung: Evaluierungsbericht der "halle267 - städtische galerie braunschweig"
 - 3.5 Status Quo Bericht zum Stand der Umsetzung der kommunalen Integrationsplanung der Stadt Braunschweig 18-08576
- 4 Anträge
- 5 Satzung über die Durchführung einer Umfrage unter Führungskräften in Unternehmen und Forschungseinrichtungen zum Kulturan-gebot in Braunschweig 18-09351
- 6 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende stellt zu Beginn der Sitzung fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Es wird beantragt, den TOP 5 vor den TOP 3 zu ziehen. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.10.2018

Beschluss:

"Das Protokoll wird genehmigt."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enth.: 2

3. Mitteilungen

3.1. Vorstellung der HBK:

Vortrag der HBK-Präsidentin, Frau Vanessa Ohlraun

Frau Präsidentin Ohlraun stellt sich und die Arbeit der HBK vor. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Frau Dr. Flake nimmt den im Vortrag von Frau Ohlraun gemachten Vorschlag einer Atelierförderung auf und spricht sich ebenfalls für ein Atelierförderprogramm aus. Der Hinweis wird von der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Frau Ohlraun erwähnt den Bedarf an Zwischenraumnutzungen für Künstlerinnen und Künstler, die ihr Studium an der HBK abgeschlossen haben. Frau Dr. Hesse weist auf das Projekt der Kulturräumzentrale im Zusammenhang mit dem ISEK hin. Es sollte hier ein Austausch mit der HBK erfolgen, um die erforderlichen Bedarfe ermitteln zu können.

3.2. Überblick über die Freien Theater in der Region: Vortrag von Frau Ulrike Seybold, Landesverband Freier Theater in Niedersachsen e. V.

Frau Seybold berichtet in ihrem Vortrag über die Freien Theater in Niedersachsen und ihre finanziellen Strukturen. Sie teilt mit, dass sich die Freien Theater durch regionalisierte Kulturförderungen, Stiftungen, Kommunen und Projekt-, Konzeptions- oder institutionelle Förderungen finanzierten. Indes erfolge vom Land keine Förderung der Strukturen, da beim Land keine konkrete Förderart hierfür zur Verfügung stehe. Lt. Ansicht des Landes würden die Kommunen in der Pflicht zur Förderung gesehen.

Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Ratsfrau Dr. Flake hält es für eine gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen, Freie Theater und ihre Spielstätten zu fördern.

Ratsfrau Schütze bittet die Verwaltung um ein Statement, inwiefern sie Kommunen verpflichtet sieht, zu fördern. Sie teilt überdies mit, dass der Landesverband Freier Theater eine positive Arbeit leiste und die kulturelle Vielfalt in der Breite unterstütze.

Frau Dr. Hesse teilt mit, dass das Land in der Pflicht gesehen werde, finanziell zu unterstützen. Sie halte einen Runden Tisch für sinnvoll, an dem neben den Kommunen und den Freien Theatern auch das Land vertreten sein müsse. Frau Seybold nimmt diesen Vorschlag auf.

3.3. Mündliche Mitteilung: Diskussion zum Konzeptpapier „Die Städtische Musikschule Braunschweig“ auf dem Weg zum ‘Zentrum für Musik’“

Frau Dr. Hesse führt kurz in das bereits zeitlich vor der Sitzung versandte Konzept für die Städtische Musikschule ein. Sie bittet den Ausschuss um ein Plazet für die Zustimmung zum zugrundeliegenden Konzeptpapier.

Der Ausschussvorsitzende und Ratsfrau Seiffert erklären für ihre Fraktionen, dass das Konzept für positiv befunden werde. Ratsfrau Dr. Flake schließt sich diesem Votum an.

Der Ausschuss positioniert sich abschließend dahingehend, dass die inhaltlichen Diskussionen zum vorliegenden Konzept abgeschlossen sind und ein politischer Beschluss desselben nunmehr gefasst werden kann. Die Verwaltung wird gebeten, beginnend mit dem nächsten Ausschusstermin eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.4. Mündliche Mitteilung: Evaluierungsbericht der "halle267 - städtische galerie braunschweig"

Herr Dr. Hilger stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Entwicklungen bezüglich der halle267 und die bislang dort stattgefundenen Ausstellungen vor und zieht ein positives Resümee. Auf Nachfrage zu den Belegungszeiten führt er aus, dass die aktuellen Zeiten vor dem Hintergrund nur einer zur Verfügung stehenden Personalstelle mit kw-Vermerk begründet seien.

Der Ausschuss positioniert sich positiv zum vorgetragenen Evaluierungsbericht und bittet die Verwaltung, das im Jahr 2017 beschlossene Konzept (Drs.-Nr. 17-04428) in diesem Sinne fortzusetzen. Die Verwaltung wird eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.5. Status Quo Bericht zum Stand der Umsetzung der kommunalen Integrationsplanung der Stadt Braunschweig

18-08576

Frau Dr. Hesse verweist auf den Wunsch des Ausschusses in der Sitzung am 10.08.2018 im Städtischen Museum, die vorliegende Mitteilung in dieser Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Ratsfrau Ohnesorge merkt in diesem Zusammenhang an, dass den Fraktionen Gelegenheit gegeben worden sei, Fragen zu stellen. Dies sei von ihrer Fraktion auch wahrgenommen worden, jedoch sei noch keine Beantwortung erfolgt. Ratsfrau Ohnesorge teilt mit, dass die Fragen nicht dezidiert für den AfKW bestimmt gewesen seien. Die Verwaltung sagt zu, diese Information an das Dezernat V weiterzuleiten.

Frau Dr. Hesse weist auf die PowerPoint-Präsentation zum bereits bestehenden Angebot des Dezernates IV zum Thema Integrationskultur hin. Die Präsentation wird dem Protokoll noch einmal beigefügt.

Ratsfrau Dr. Flake erneuert in diesem Zusammenhang ihren Wunsch, einen Referenten zum Thema Integrationskultur zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen. Der Ausschussvorsitzende sieht in der Stadt bereits viele Projekte, die dieser Thematik förderlich seien.

Frau Dr. Hesse weist darauf hin, dass für zusätzliche Projekte keine Mittel im Haushalt eingesetzt seien. Der Appell der Politik, mehr Integrationsprojekte anzubieten, gleichzeitig aber Haushaltseinsparungen vorzunehmen, sei ein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

3.6. Vorstellung der neuen Koordinatorin für den Kulturentwicklungsplan

Die neue KultEP-Koordinatorin, Frau Scheler (FB 41), stellt sich dem Ausschuss vor.

4. Anträge

Es liegen keine schriftlichen Anträge zur heutigen Sitzung vor.

- 5. Satzung über die Durchführung einer Umfrage unter Führungskräften in Unternehmen und Forschungseinrichtungen zum Kulturrangebot in Braunschweig** 18-09351

Herr Klein stellt die Vorlage vor. Auf Nachfrage teil er mit, dass die Satzung aus Gründen der Gleichbehandlung (analog zur Bürgerbefragung) erforderlich sei.

Frau Dr. Hesse weist in diesem Zusammenhang auf die Presseberichterstattung hin und erhofft sich noch eine zusätzliche Anzahl von Rückläufen zur Bürgerumfrage, um ein repräsentatives Ergebnis vorweisen zu können.

Die Verwaltung sagt zu, zur nächsten Sitzung die Kriterien zur Auswahl der einbezogenen Unternehmen mitzuteilen.

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte Satzung über die Durchführung einer schriftlichen Führungskräfteumfrage zum Kulturrangebot in Braunschweig wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

6. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen zur heutigen Sitzung vor.

Mündliche Anfrage von Ratsfrau Schütze

Ratsfrau Schütze erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand in Bezug auf den Sanierungsstau des Staatstheaters und des geplanten Kinder- und Jugendtheaters in der Husarenstraße 75.

Fr. Dr. Hesse teilt zum Sanierungsstau mit, dass dieser lt. Informationen der Verwaltung nicht unerheblich sei, genauere Auskünfte könne jedoch nur das Staatstheater geben. Sie schlägt vor, zu einer der nächsten Sitzungen den Verwaltungsdirektor des Staatstheaters, Herrn Mehrens, einzuladen, der alle offenen Fragen beantworten könne. Auf Nachfrage von Ratsherrn Schrader, ob der Sanierungsstau über die sog. politische Liste der Landtagsfraktionen im Rahmen der Haushaltsaufstellung des Landes aufgelöst werden könnte, entgegnet Ratsfrau Schütze vor dem Hintergrund ihrer Tätigkeit als Mitglied des Landtags, dass es Aufgabe des MWK sei, den Sanierungsstau aufzulösen, und die Größenordnung des Mittelbedarfs nicht über die politische Liste einstellbar sei. Hierfür seien die erforderlichen Finanzmittel zu umfangreich.

Zum geplanten Kinder- und Jugendtheater in der Husarenstraße 75 teilt die Verwaltung mit, dass in der Zuständigkeit der vorherigen Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Frau Dr. Heinen-Kljajić, die Planungen für die Verlagerung des Kinder- und Jugendtheaters aus dem Magniviertel in die Husarenstraße 75 der Stadt im Frühjahr 2017 bekanntgegeben worden seien. Die vom Land hierfür errechneten Kosten i. H. v. 1,3 Mio. € sollten aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Eine für die sonstige Kostentragung des Staatstheaters im Staatstheatervertrag mit dem Land Niedersachsen vorgesehene 1/3 Kostenbeteiligung der

Stadt sei nicht einschlägig, da es sich um ein „reines“ Landesprojekt handle. Es habe sich mithin von Anfang an um eine originäre Planung des Landes Niedersachsen gehandelt, für deren Umsetzung die Stadt Braunschweig nicht zuständig gewesen und über deren Fortgang die Stadt jeweils nur informiert worden sei; dies in letzter Zeit nur auf Nachfrage. Zunächst wollte das Land Niedersachsen die Bauherreneigenschaft selbst übernehmen. Im Laufe des Jahres 2017 wurde der Stadt mitgeteilt, dass die Bauherreneigenschaft auf das Staatstheater Braunschweig übergehen sollte, was dazu führe, dass die Stadt Braunschweig zuständige Baugenehmigungsbehörde würde. Zuvor wäre dies das Land Niedersachsen selbst gewesen.

Zu den derzeit offenen Problemstellungen für die Verlagerung des Kinder- und Jugendtheaters teilte die Verwaltung mit:

Die erforderlichen Haushaltsmittel von mind. 1,3 Mio. € habe das Land bisher nicht in den Haushalt eingestellt. Es sei der Stadt nicht bekannt, ob Baukostensteigerungen in den letzten Jahren nicht zu einem noch höheren Finanzbedarf führen würden.

Bisher wurde kein Bauantrag bei der Stadt Braunschweig gestellt. Sollte der Antrag gestellt werden, seien vor der Erteilung einer Baugenehmigung folgende Fragestellungen zu lösen:

- Nachweis der erforderlichen Einstellplätze
- Lösung für eine Bushaltemöglichkeit

Einstellplätze:

Nach den einschlägigen Rechtsvorschriften sei bei Theatern ein Einstellplatz je fünf Sitzplätze nachzuweisen. Das ergäbe einen Einstellplatzbedarf von 24 für das Kinder- und Jugendtheater in der Husarenstraße 75. Dieser Einstellplatzbedarf habe vom Staatstheater seit Beginn des Projekts zu keiner Zeit erfüllt werden können.

Die Stadt habe daher bereits versucht, dem Staatstheater zu helfen. Sie habe ihren bauordnungsrechtlichen Spielraum dahingehend genutzt, dass abweichend von den gemäß Ausführungsbestimmungen zur Niedersächsischen Bauordnung nachzuweisenden Einstellplätzen eine geringere Anzahl gefordert werden könnte, wenn ein entsprechend niedrigerer Bedarf nachgewiesen würde, da ein großer Teil der Besucher mit dem ÖPNV anreiste. Dies müsse mittels einer Nutzerumfrage nachgewiesen werden. Diesen Hinweis habe die Stadt dem Staatstheater gegeben. Eine solche Umfrage sei vom Staatstheater durchgeführt worden. Das Ergebnis liege der Stadt nicht schriftlich vor, da der Bauantrag noch nicht gestellt wurde. Nach mündlicher Auskunft des Staatstheaters ließe sich der Einstellplatzbedarf hierdurch von 24 auf 15 Plätze senken.

Allerdings auch für diese restlichen 15 Einstellplätze könne das Staatstheater nach dessen Aussage keinen Nachweis führen.

Faktisch wären die Einstellplätze im Bereich der sonstigen Liegenschaften des Landes Niedersachsen in der Husarenstraße vorhanden. Die zuständigen Behörden des Landes sollen die Nutzungsanfragen des Staatstheaters (nach dessen Auskunft gegenüber der Stadt) aber bisher abschlägig entschieden haben.

Fehlende Bushaltemöglichkeit:

Hierzu gebe es keinen Lösungsansatz des Staatstheaters bzw. des Landes Niedersachsen

Fehlende Finanzierung:

Im Januar 2018 habe die Stadt Braunschweig aus der Presse davon erfahren, dass das MWK die Einstellung der Finanzmittel i. H. v. 1,3 Mio. € in den Landeshaushalt von der Baugenehmigungsreife abhängig mache. Dies sei der Stadt auf Nachfrage vom MWK bestätigt worden. Nach Kenntnis der Stadt habe das MWK daher die Finanzierung bisher nicht gesichert, obwohl die Finanzierung bei der öffentlichen Vorstellung des Projekts durch Ministerin Heinen-Klajić im September 2017 als gesichert dargestellt wurde.

Vor dem Hintergrund der benannten Problemstellungen sei es dem Staatstheater auch im Laufe des Jahres 2018 nicht gelungen, das Projekt voranzutreiben.

Ratsfrau Schütze kritisiert, dass die momentanen Räumlichkeiten für das Kinder- und Jugendtheater im Magniviertel nicht barrierefrei und zu klein seien.

Die Verwaltung schlägt abschließend vor, Herrn Mehrens auch zu dieser Thematik zu einer der nächsten Sitzungen zu befragen.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 17:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Vollbrecht
Vorsitz

Dr. Hesse
Dez. IV

Kösters
Schriftführung